

Rund um den Schwammerl Turm

Gemeindemitteilungsblatt für die Region Leoben
Nr. 10, November 2019

RM 04A035819

REGIONALMEDIUM

ergeht an jede Postabgabestelle in Leoben, Proleb, St. Michael, Niklasdorf, St. Peter Freienstein und St. Stefan o.L.



Aus dem Landtag

KPÖ-Anträge auf die lange Bank geschoben

Die KPÖ hat in der nun zu Ende gehenden Landtagsperiode zahlreiche Anträge eingebracht. Viele wurden von den Regierungsparteien SPÖ und ÖVP auf die "lange Bank" geschoben und nicht zur Abstimmung gebracht. Offenbar wollen SPÖ und ÖVP dazu nicht Stellung beziehen. Dazu einige Beispiele:

Die Lehrlingsentschädigungen sind von Branche zu Branche unterschiedlich. Bei manchen Berufen sind die Lehrlingsentschädigungen extrem niedrig. Deshalb fordert die KPÖ eine gesetzliche Mindestlehrlingsentschädigung. Der Antrag wurde im **Mai 2015** eingebracht und von SPÖ und ÖVP bisher nicht behandelt.

Viele Mieterinnen und Mieter leiden unter den oft teuren Maklerprovisionen, wenn sie eine neue Woh-

nung mieten. Die KPÖ fordert, daß die Provision für die Vermittlung von Mietwohnungen ausschließlich von den Vermietern zu tragen ist. Auch dieser Antrag „ruht“ seit **Oktober 2015** im Landtag und wurde bisher von SPÖ und ÖVP nicht zur Abstimmung gebracht.

Die Geschäftemacherei mit dem Grundbedürfnis Wohnen nimmt zu. Die ständig steigenden Kosten fürs Wohnen am privaten Wohnungsmarkt treffen

immer mehr Menschen. Um der Wohnungsmisere entgegen zu wirken, hat die KPÖ den Antrag eingebracht eigene Wohnbau-Förderkontingente für den kommunalen Wohnbau vorzusehen, damit die Gemeinden wieder vermehrt selbst günstigere Gemeindewohnungen bauen können. Der Antrag wurde von der KPÖ im **Juni 2019** eingebracht und bisher nicht behandelt.

Bereits im **August 2018**

hat die KPÖ eine Novelle des Hebeanlagengesetzes gefordert. Damit soll ausgeschlossen werden, daß die Mieter und Eigentümer von Wohnungen mit älteren Liftanlagen bei deren Sanierung über Gebühr zur Kasse gebeten werden können. Durch derzeit unklare gesetzliche Bestimmung werden die notwendigen Sanierungen oft übererfüllt und somit die Kosten in die Höhe getrieben.

WAHLKAMPFKOSTENLIMIT: Auf Antrag der KPÖ ohne schleichende Erhöhung

Im steirischen Landtag wurde einstimmig beschlossen, daß die Wahlkampfkosten bei Landtagswahlen künftig eine Million Euro pro Partei nicht mehr übersteigen dürfen. Auf Drängen der KPÖ wurde die ursprünglich vorgesehene automatische jährliche Erhöhung dieses Betrages um die Inflationsrate fallengelassen.

Dadurch wird verhindert, daß der Betrag von Wahl zu Wahl ansteigt. „Solange wichtige Leistungen für die steirische Bevölkerung, wie die Wohnunterstützung oder der Heizkostenzuschuß, nicht auch automatisch von Jahr zu Jahr erhöht werden, wäre eine derartige Erhöhung bei den Wahlkampfkosten nicht vertretbar“, so KPÖ-Abgeordneter Werner Murgg.

Werner Murgg

KPÖ



WIR LASSEN UNS NICHT KAUFEN!

IN DER STEIERMARK ✗ KPÖ

Stadtteilgespräch Leitendorf: Parkplatzprobleme, Einbahn Steigtalstraße, Kreisverkehr

Ende September fand das vierte und letzte Leobener Stadtteilgespräch statt. Im Festsaal in Leitendorf waren die Bewohner von Leitendorf, Göss und Hinterberg eingeladen ihre Wünsche und Anregungen vorzubringen. Dabei standen Verkehrsthemen ganz oben auf der Wunschliste der Bevölkerung. Bürgermeister Kurt Wallner und die Beamten der Stadtgemeinde beantworteten die Fragen.

In der Fröbelgasse hat sich seit der Erweiterung der Parkplatzbewirtschaftung im Juli vorigen Jahres die Situation verschärft. Viele Autofahrer weichen dorthin aus, weil sie nicht für die Grüne Zone zahlen wollen. Auch Eltern, die ihre Kinder zur Schule bringen parken dort, weil der Schulparkplatz nur für Lehrpersonal bestimmt ist.

Nun soll seitens der Gemeinde mit der Schule Kontakt aufgenommen werden um zumindest Eltern auf dem Schulparkplatz parken zu lassen. Ansonsten könnte nur die Einführung einer Grünen Zone helfen, was jedoch nicht erwünscht ist. Fragen betrafen auch eine mögliche Einbahn in der Steigtalstraße. Eine Einbahn ist derzeit nicht geplant. Der Gehsteig wird allerdings umgestaltet, um die Sicherheit für die Schul-

kinder zu erhöhen. Auch wurden dort Parkplätze markiert. Damit soll vermieden werden, daß Parkende mit Strafzetteln eingedeckt werden.

Kreisverkehr Steigtalstraße-Turm-gasse?

Durch die Verlegung der LKW-Einfahrt in die Brauerei könnte hier ein Kreisverkehr möglich werden. Das wird nun geprüft.

Beim U-Bau in der Josef-Heißl-Straße gibt es keine Abstellflächen für Mopeds. Angedacht werden mehr Flächen für das Abstellen von Fahrrädern.

Eine Frage betraf auch den neuen Telekommunikationsmast in der Ferdinand-Hanusch-Straße. Er dient als Ersatz für den abgetragenen Schlot der Magindag und wurde vom Netzbetreiber errichtet.



KOSTENLOSE MIETERBERATUNG



Die KPÖ Leoben bietet
Ihnen eine kostenlose Mieterberatung.
Ort: Pestalozzistraße 93, 8700 Leoben

Interessenten werden gebeten, sich
unbedingt telefonisch anzumelden:

038 42/ 22 6 70

K O M M E N T A R

Abgehobene Polit- einkommen führen zu abgehobener Politik!

Verglichen mit dem, was der Großteil der Bevölkerung auch in qualifizierten Berufen verdient, sind die Bezüge in der Politik geradezu fürstlich. So beziehen Mitglieder der Landesregierung fast 15.000 Euro brutto im Monat, die Klubobleute der im Landtag vertretenen Parteien knapp 11.000 Euro und die Abgeordneten

immer noch rund 5.700 Euro. Dabei muß man wissen: Fast alle Abgeordneten beziehen den Abgeordnetenbezug als „Zubrot“ zu ihrem „Normalberuf“; sie kommen damit auf Gehälter von netto fünf oder sechstausend Euro. Kein Wunder, daß sie vom Leben eines Durchschnittsverdieners keine Ahnung haben. Bei uns in der KPÖ

gilt deshalb für Abgeordnete eine Gehaltsobergrenze von 2.300 Euro netto im Monat. Der Rest wandert in unseren Sozialtopf um Menschen in Notlagen unbürokratisch helfen zu können. Auch darum geht es bei der Landtagswahl: Denken Sie daran! Abgehobene Politeinkommen, führen zu abgehobener Politik.



Werner Murgg
KPÖ-Landtagsabgeordneter
und -Stadtrat

Werner Murgg
KPÖ-Stadtrat und
-Landtagsabgeordneter

Antikhandel Jahrbacher in Leoben und Bruck an der Mur berät Sie gerne

Wertvolle alte Schätze

Antikhandel Jahrbacher mit Geschäften in Leoben beim Schwammerlturm in der Kirchgasse 14 und in Bruck am Hauptplatz im Haus Glasbau Gruber ist Spezialist für den Ankauf alter Werte zu Bestpreisen, die oft unentdeckt am Dachboden schlummern – inklusive gratis Schätzung und Bargeld bei Ankauf!

Wenn Sie alte Schätze daheim herum liegen haben – Antikhandel Jahrbacher ist die richtige Adresse. „Wir kaufen Gold- und

Silberschmuck, Zahngold, Gold- und Silbermünzen, Bilder, Möbel, Orientteppiche, Uhren, Silberbesteck (auch Einzelteile), Briefmar-

kensammlungen, Ansichtskarten, Musikinstrumente, Orden, Dolche, Uniformen, Bücher, Zeitungen sowie alles aus dem 1. und 2. Welt-



krieg bis hin zu kompletten Verlässenschaften“, so Richard Jahrbacher.

„Fragen Sie den kompetenten Sachverständigen, bevor Sie wertvolle Gold- und Silberstücke (Schmuck, Münzen) in Hotels/Gasthöfen bzw. Handyshops billig verkaufen!“ rät er, „wir geben sofort gratis Auskunft unter Tel. 0664/338 2716 oder in unseren Geschäften in Leoben und Bruck (Hausbesuche möglich).“

Neue Vorschriften: So kassieren Banken ab

Personalabbau, hohe Spesen trotz Selbstbedienung und jetzt noch die widersinnige Umsetzung einer EU-Vorschrift. Während der Service immer weiter eingeschränkt wird, wird bei den Kunden ordentlich kassiert.

Ein Beschluß der EU (Zahlungsdienstrichtlinie II/PSD2) schreibt seit dem 14. September 2019 eine sogenannte „Zwei-Faktor-Authentifizierung“ vor. Das heißt neben einer Verfügungkennung und dem Passwort wurde eine weitere Sicherheitsstufe vorgeschrieben. Allerdings gibt es bei der Umsetzung des EU-Beschlusses keine einheitliche Vorgehensweise der Banken. Das führt dazu,

daß jede Bank ihr eigenes Süppchen kocht und dabei noch das eine oder andere Körbergeld draufschlägt.

Aktuelles Prozedere in Österreich

Während die Bank Austria und die Bawag pushTAN-Codes für E-Banking nach wie vor per SMS anbieten, haben Raiffeisen und Erste Bank diesen Service eingestellt. Sie setzen

auf Apps für das Smartphone oder Tablet. Besitzt man kein geeignetes Gerät oder möchte man seine Bankgeschäfte nicht am Smartphone/Tablet erledigen, wird es kompliziert. Diese Kunden benötigen dann ein Zusatzgerät, das diese pushTAN-Codes generieren kann. Dafür setzt jede Bank die Kosten nach eigenem Gutdünken fest.

Smartphone-Zwang

Den Bankkunden werden Verfahren aufgezwungen, die rechtlich gar nicht erforderlich sind. Bei einigen Banken kann man von einem „Smartphone-Zwang“ sprechen. Ältere Menschen oder Menschen mit Einschränkungen stehen so vor einem großen Problem. Gleichzeitig wird Personal in den Filialen ab-

gebaut und die Kunden werden vor Ort für jeden Handgriff eines Mitarbeiters extra zur Kasse gebeten.

Spesen und Teuerungen

Während die Banken ihre Kunden dazu erzogen haben, Kontogeschäfte selbst zu erledigen und immer mehr Personal abbauen, wurden diese Einsparungen nicht einmal ansatzweise an die Kunden weitergegeben. Im Gegenteil: Die Kontoführungsgebühren steigen weiter an. Nun besitzen manche Banken die Dreistigkeit, bei der Alternative zum Smartphone, dem TAN-Generator, Gebühren aufzuschlagen. Die Gebühren, die für die Banken selbst für die Umstellung anfallen, sind mit hohen Kontogebühren mehr als abgegolten.



Impressum: Medieninhaber, Verleger, Herausgeber: Verein zur Unterstützung der Öffentlichkeitsarbeit fortschrittlicher Kommunalpolitiker, 8700 Leoben, Pestalozzistraße 93, Tel. 03842 / 22 6 70, Fax 038 42 / 27 4 17.

Verantwortlicher Chefredakteur: LAbg. Dr. Werner Murgg. Entgeltliche Einschaltungen sind als Anzeige kenntlich. Druck: Klampfer, Weiz. Offenlegung: die Blattlinie entspricht den Zielen des Vereins fortschrittlicher Kommunalpolitiker.

»Jede einzelne Pflegekraft leistet mehr für die Gesellschaft als alle Investmentbanker zusammen!«

CLAUDIA KLIMT-WEITHALER

KPO

Vor 50 Jahren wurde die Bevölkerung beim Weltspartag noch zum Sparen angehalten. Heute gibt's Negativzinsen und gespart wird nur mehr bei den Sozialleistungen.

Nach der Nationalratswahl: Mit Kurz ist keine Änderung in Sicht

Die vergangene Nationalratswahl hat die politische Landschaft in Österreich verändert. Die Gefahren für unsere sozialen Errungenschaften sind nicht kleiner geworden. Im Gegenteil: Durch die Stärkung der Kurz-ÖVP haben die Unternehmerverbände weiter freie Bahn, um den schwarz-blauen Wirtschaftskurs weiterzuführen.

ÖVP und FPÖ haben nach wie vor die Mehrheit. Mehr noch: In der FPÖ haben nach dem Strache-Fiasco offenbar die Kräfte um den oberösterreichischen Landeshauptmannstellvertreter Haimbuchner, die der Industriellenvereinigung nahe stehen, das Kommando übernommen. Geht es mit der FPÖ nicht mehr, weil Kurz einen offenen Konflikt mit den liberalen Eliten Österreichs und deren Mainstreammedien scheut, stehen Grüne und SPÖ bereit,

vorausgesetzt sie springen über den ihnen von Kurz vorgehaltenen, sprichwörtlichen Stecken. Gerade für die Grünen könnte das zu einer ernststen Belastungsprobe werden, denn die Kurz-ÖVP ist nach wie vor ihren Großspendern aus Industrie und Hochfinanz über alle Maßen verpflichtet. Die SPÖ wurde zerrieben und fuhr das schlechteste Wahlergebnis seit 1945 ein. Die Arbeiter und Angestellten fragen sich zu Recht, wofür die SPÖ eigentlich steht. Sicher nicht

für eine konsequente Interessenvertretung der arbeitenden Menschen!

Mehrheit für 12-Studentag?

Es gibt im Nationalrat immer noch eine Mehrheit für die Politik, die uns den 12-Studentag, die Verschlechterungen bei der Mindestsicherung, die Zerschlagung der Sozialversicherung und das Zurückdrängen von Gewerkschaft und Arbeiterkammer aus wichtigen Einrichtungen gebracht hat. Gleichzeitig melden Industriellenvereinigung und Wirtschaftskammer ihre Forderungen an: Mit dem Etikett „Standortpolitik“ soll der bisherige Weg von Schwarz-Blau weitergegangen werden. Wie hat es Kurz auf seinen Plakaten formuliert? „Unser Weg hat

erst begonnen“. Die ÖVP hat unmittelbar nach der Wahl klar gemacht, daß sie bei der Umsetzung von Wirtschaftsinteressen nicht nachgeben wird.

Was auf dem Spiel steht

- Auf dem Spiel steht das umlagefinanzierte Pensionssystem. Hier wären auch die gestärkten Neos dabei, ist doch gerade dieses über Jahrzehnte bewährte System den radikal-neoliberalen „Pinken“ seit jeher ein Dorn im Auge.
- Es geht darum, wer die Kosten der Pflege trägt.
- Man will das Mietrecht, im Sinne der Hausherrn ändern.
- Die Rechte der arbeitenden Menschen sollen weiter zurückgedrängt werden.
- Wenn es zur nächsten Wirtschafts- und Finanzkrise kommt, würden Banken und Konzerne wieder geschont und die Lasten auf die Allgemeinheit abgewälzt werden.

Was tun?

Es kommt darauf an, diesem Kurs Druck von unten entgegenzusetzen. Die Bewegung für den Erhalt einer flächendeckenden Gesundheitsversorgung im Bezirk Liezen hat die Politik unter Druck gesetzt. Oder die Bewegung für die Abschaffung des Pflegeregresses: Sie hat seinerzeit die Landesregierung gezwungen, den unsozialen Regress abzuschaffen. Die Gewerkschaft wäre gut beraten, jetzt nicht auf Verhandlungen hinter verschlossenen Türen zu setzen, sondern die Kraft der arbeitenden Menschen zu demonstrieren. In der Steiermark hätte die Stärkung der KPÖ bei der Landtagswahl am 24. November in diesem Sinne eine positive Signalfunktion!

DER VERGLEICH

So stimmten die Parteien im steirischen Landtag:

MACHT SICHER

	KPÖ	SPÖ	ÖVP	FPÖ	
Politiker-Bezüge um 30 Prozent senken	✓	✗	✗	✗	✗
Spitals-Schließungen aufhalten	✓	✗	✗	✓	✗
Nein zum 12-Stunden-Arbeitstag	✓	✗	✗	✗	✓
Geschäftemacherei mit Pflegeheimen stoppen	✓	✗	✗	✗	✗
300-Euro-Jahreskarte für die Steiermark	✓	✗	✗	✗	✓
Miet-Obergrenze für alle Wohnungen	✓	✗	✗	✗	✓

Und wie stimmen Sie am 24. November?

Dafür setzt sich die KPÖ ein:

Arbeit von der man leben kann

Trotz Arbeit haben immer mehr Menschen nicht genug Geld zum Leben. Sie können sich gerade das Notwendigste leisten. Diejenigen, die noch ordentliche Löhne und Gehälter beziehen sind vermehrtem Arbeitsdruck und Billiglohnkonkurrenz ausgesetzt. Dazu tragen wirtschaftsfreundliche EU-Gesetze wie die Entsenderichtlinie bei. Sie machen es möglich, daß dem Sozialdumping Tür und Tor geöffnet werden. Das ist der eigentliche Skandal in unserem Land.

Die KPÖ setzt sich ein für:

- Löhne, Gehälter und Pensionen, von denen man leben kann.
- Zurückdrängung von Leiharbeit und prekären Beschäftigungsverhältnissen.
- Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohnausgleich.



„Neben meinem Studium habe ich lange als Taxifahrer gearbeitet. Ich weiß, was lange und unregelmäßige Arbeitszeiten bedeuten.“

Werner Murgg
KPÖ-Landtagsabgeordneter

Öffentliches Eigentum nicht verkaufen

Krankenhäuser, Pflegeheime, Kraftwerke, Industriebetriebe, die Landesbank, Straßen, Wohnungen: Vor den Privatisierern ist nichts sicher. Wenn alles verkauft ist, hat die Politik kaum noch Handlungsspielräume und begibt sich in die vollständige Abhängigkeit von mächtigen Kapitalgruppen. Viele EU-Regelungen zielen darauf ab, öffentliche Dienstleistungen für den freien Markt zu öffnen.

Die KPÖ fordert:

- Ausbau von öffentlichen Eigentum statt Ausverkauf.
- Keine PPP-Modelle, die privaten Investoren Gewinne verschaffen und der öffentlichen Hand Verluste beschaffen.

Wohnen darf nicht arm machen

Österreich ist bei der Preisexplosion beim Wohnen trauriger Spitzenreiter in der EU. Nicht nur die Mieten steigen, auch die Betriebskosten werden immer teurer. Da sind die Gemeinden die Preistreiber: Denn die Gebühren für Wasser, Kanal und Müllabfuhr werden im Gemeinderat, meist einzig gegen die Stimmen der KPÖ, erhöht.

Die KPÖ fordert:

- Einführung von Obergrenzen für Mieten, um den Mietwucher zu unterbinden.
- Errichtung von Wohnungen, die sich die Menschen leisten können.
- Keine befristeten Mietverhältnisse.
- Abschaffung von Maklerprovisionen für Mieterinnen und Mieter.

Gesundheit für alle zugänglich und leistbar

Unter dem Vorwand, das Gesundheitssystem sei zu teuer, wird die medizinische Versorgung im ländlichen Raum Jahr für Jahr verschlechtert. In Liezen sollen Spitäler geschlossen werden, in Leoben wurde die Thorax-Chirurgie nach Graz und die Unfallchirurgie nach Bruck verlegt.

Die KPÖ fordert:

- Mehr Kassenärzte. Die Steiermark ist Schlußlicht bei Kassenstellen in Österreich; die Versorgung darf nicht von Privat- und Wahlärzten abhängig sein.
- Verkürzung der Wartezeit bei Operationen, mehr Personal in den Spitälern.
- Keine Kürzung der Leistungen der gesetzlichen Krankenkassen.



Neue Runde im Almförderungsstreit – wo bleibt die politische Verantwortung?

Österreich drohen laut EU – Rechnungshof weitere Millionenzahlungen wegen falsch berechneter Almflächen. Seit 2001 gibt es Differenzen zwischen der EU-Kommission und der heimischen Bauernschaft über die exakten Angaben bei der Vermessung der Almflächen.

Digitalisierung und neue Meßmethoden führten zu unterschiedlichen Werten, die für die Höhe der Fördermittel relevant sind. Nach früheren Rückforderungen von 3,6 Millionen Euro wurde heuer laut EU-Rechnungshof eine Rückforderung von 9,4 Millionen Euro für die Jahre 2016 und 2017 an Österreich gerichtet. Doch die Kommission hat mittlerweile ein neues Prüfverfahren für 2018 eingeleitet, wo wei-

tere Millionenforderungen fällig sein dürften. Der EU-Rechnungshof argumentiert so, daß die Rechtsunsicherheit für die Landwirte andauert: „Da liege ein systemisches Versagen der Republik Österreich vor“. Es gehe immerhin um einen risikobehafteten Betrag von 50 Millionen Euro.

Schon 2009 drohte die EU Österreich mit Strafzahlungen von 64 Millionen. Damals suchten die politisch Verantwortlichen, allen voran der ÖVP Landwirtschaftsminister, in ihrer Panik den Schuldigen bei den Almbauern. Den Bauern wurde vorgeworfen, sie hätten sich mit falschen Flächenangaben unrechtmäßige EU-Förderungen erschlichen. Das dies gar nicht möglich war, beweist eine chronologische Sachverhaltsdarstellung zum Almfächenkonflikt von 2005 bis 2014. Darin

wird nachgewiesen, daß die ca. 6.000 betroffenen Almbauern zu Unrecht wegen zu hoher Flächenangaben verleumdet, angeklagt und mit hohen Rückforderungen und teils hohen Geldstrafen konfrontiert wurden. Durch einen eklatanten Systemfehler bei der AMA, dem Landwirtschaftsministerium und den ausführenden Landwirtschaftskammern wurden die Almbauern zu Schuldigen.

In der Unfähigkeit, die Ursache für die EU-Strafe in den Behörden zu finden, wurden die Bauern zu Schuldigen gemacht. Schon 2013 bewies ein Rechtsgutachten der Universität Innsbruck, daß die Errichtung eines richtigen Vermessungssystems Aufgabe der staatlichen Behörden und die Übertragung von Systemfehlern auf die Förderungswerber unzulässig sei. Hier wird von den Bauern etwas gefordert, daß sie

gar nicht erfüllen können. Die Almbesitzer können sich nur auf offizielle Messungen stützen.

Bei den neuen EU-Strafzahlungen muß man sich fragen, wo die politische Verantwortung liegt. Was jetzt in Wahlzeiten von den Bauernbundfunktionären den Bauernfamilien erzählt und versprochen wird, läßt folgenden Schluß zu: Politische Funktionäre kennen ihr eigenes System nicht. Sie wissen offenbar nicht, daß sie im herrschenden System als Doppelfiguren tätig sind und deshalb die Bauerninteressen gar nicht mehr vertreten können. Fast alle unter ihnen sitzen, neben ihrer Tätigkeit als Bauernvertreter, in Landesregierungen, Molkereien, Banken oder der Agrarmarkt Austria. In diesem Systemkonflikt sind ihnen die Hände gebunden.

Bernd Kaufmann

Weihnachtsflohmarkt in der Rathauspassage

Der weihnachtliche Flohmarkt in der Rathauspassage hat wieder geöffnet. Sie suchen ein Möbelstück, alte Bilderrahmen, Schallplatten, schönes Porzellan oder Gläser? Dann sind Sie beim weihnachtlichen Flohmarkt in der Rathauspassage richtig.

Hier haben wir für Sie auf 300 Quadratmeter Schätze aus Wohnungsnachlässen, aus Dachbodenfunden oder aus versteckten Kellern aufgebaut. Der Flohmarkt ist täglich Montag bis Freitag von 14 bis 18 Uhr in der Rathauspassage am Leobener Hauptplatz geöffnet. Tausende Bücher und Schallplatten können Sie hier ab 1 Euro pro Stück erwerben. Wenn Sie etwas zu verkaufen haben, bitte bieten Sie es uns an. Wir schätzen Ihre Wertgegenstände auch über WhatsApp oder per e-mail-foto.



Beratungskosten explodieren!

Seit Jahrzehnten werden politische Entscheidungen der Landesregierung von privaten Beraterfirmen beeinflusst. Für vermeintlich oder tatsächlich unabhängige Expertisen wird sehr viel öffentliches Geld ausgegeben. Die Summen sorgen immer wieder für Kopfschütteln. Auch in der zu Ende gehenden Landtagsperiode wurden von SPÖ- und ÖVP-Regierungsbüros rund 15 Millionen Euro ausgegeben.

Die KPÖ tritt für eine deutliche Senkung dieser Beratungskosten ein. KPÖ-Abgeordneter Werner Murgg kämpfte in der vergangenen Periode als Vorsitzender des Kontrollausschusses gegen diesen Beratungs-Dschungel und erzwang eine Offenlegung der Kosten. „In manchen einzelnen Fällen mag es sinnvoll sein, auch eine Expertise von außen zu holen. Aber meist werden parteinahe Firmen und Personen mit Aufträgen versorgt, die genau so gut in den Abteilungen des Landes erledigt werden könnten. Wenn die Abteilungen zu wenig Personal haben, wäre es höchst

an der Zeit dort aufzustocken.“ Am meisten haben Landeshauptmann Schützenhöfer (ÖVP) mit 4,3 Millionen, Gesundheitslandesrat Drex-

ler (ÖVP) mit 3,5 Millionen und Finanzlandesrat Anton Lang (SPÖ) ebenfalls mit 3,5 Millionen Euro ausgegeben.

Arbeitnehmerschutz?



Wer während der Bauarbeiten in der neuen Fußgängerzone nördlich des Hauptplatzes die Arbeiten aufmerksam verfolgt hat, wird bemerkt haben, daß der „Arbeitnehmerschutz“ klein geschrieben wurde. Drei Wochen haben Arbeiter mit der Betonsäge die Steine zugeschnitten. Offensichtlich ohne Bein- und Hörschutz, ohne Sicherheitsschuhe und Schutzbrille. Gerade bei osteuropäischen Subfirmen werden Arbeiter- und Sozialrechte oft klein geschrieben.

**Personalmangel
im Krankenhaus
gefährdet Ihre
Gesundheit!**

KPÖ

Josef Wilhelmer
GUTSCHEIN
für 1 Portion

1/2 GRILLHENDL

um 2,90



FRISCH • SCHNELL • TRADITIONELL

Pichlmayergasse 17, 8700 Leoben oder

Pulverstraße 3, 8793 Trofaiach

Pro Person und Einkauf nur ein Gutschein einlösbar!

Gültig bis 20. Dezember 2019

